

## BESOLDUNG &amp; VERSORGUNG IN BREMEN

# Fakten statt heißer Luft – Wer hat's durchgesetzt? WIR!

Finanzsenator Björn Fecker hat am 26. Mai die lang erwarteten Planungen zur Anpassung der Bezüge im Land Bremen vorgestellt. Weil Bremen die Besoldung und Versorgung ab dem 1. April 2024 noch nicht abschließend gesetzlich geregelt hat, soll dies nun rückwirkend und zukunftsorientiert nachgeholt werden. Ein echter Meilenstein für unsere Kolleginnen und Kollegen – doch das Paket enthält neben viel Licht leider auch deutliche Schatten.

Es ist ein klarer und unbestreitbarer Erfolg unserer harten gewerkschaftlichen Arbeit! Halten wir die Chronik der Fakten nüchtern fest: Es war die Gewerkschaft der Polizei Bremen, die mit dem DGB den verfassungsrechtlichen Prüfauftrag für die Besoldung der Jahre 2024 und 2025 erstritten und in zähen Verhandlungen durchgesetzt hat. Ohne diesen Hebel gäbe es die jetzigen Nachzahlungen zur Sicherung der verfassungsgemäßen Mindestalimentation schlichtweg nicht. Wir haben gehandelt und Fakten geschaffen!

## Die Kernziele des neuen Gesetzespakets

Mit dem neuen Anpassungspaket verfolgt der Senat im Wesentlichen zwei Kernziele, die für die wirtschaftliche Absicherung unserer Mitglieder von zentraler Bedeutung sind:

- 1. Vollständige Übernahme der Tarifergebnisse:** Die Abschlüsse des TV-L aus den Tarifrunden 2023 und 2025 sollen systemkonform auf den Beamten- und Versorgungsbereich übertragen werden.
- 2. Sicherung der verfassungsgemäßen Mindestalimentation:** Auf Basis der



Die Teilnehmer am Spitzengespräch der Beamten mit Finanzsenator Björn Fecker (2. Reihe von oben, 3. von links)

wegweisenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom September 2025 wird die Besoldung rückwirkend korrigiert, um den verfassungsrechtlich gebotenen Abstand zu den sozialen Regelsystemen lückenlos zu gewährleisten.

## Die geplanten Maßnahmen im zeitlichen Überblick

Die Anpassungen erstrecken sich über einen weiten Zeitraum von 2024 bis 2028. Da ein

Teil der Erhöhungen bereits realisiert oder vorab ausgezahlt wurde, unterscheidet sich die spürbare Wirkung im Portemonnaie von Stufe zu Stufe deutlich. Hier ist der präzise Fahrplan:

- 1. Januar 2024 (rückwirkend): Anhebung der Bezüge um +2,5 %.** Diese rückwirkende Stufe dient primär der Sicherung der verfassungsgemäßen Mindestalimentation für das Jahr 2024.
- 1. November 2024 (bereits aktiv): Erhöhung der Grundgehälter um +200 €.** Diese Maßnahme ist bereits gesetzlich geregelt und wird real ausgezahlt. Sie wirkt sich daher nicht mehr neu auf das laufende Einkommen aus.
- 1. Dezember 2024 (Vorabzahlung): Anhebung der Bezüge um +3,8 %.** Wird bereits unter Vorbehalt ausgezahlt. Auch diese Erhöhung ist im aktuellen Budget enthalten und bringt keine neue, zusätzliche Entlastung im laufenden Monat.
- 1. April 2026 (rückwirkend): Steigerung von Besoldung und Versorgung um +2,8 %.** Der erste wichtige Schritt der Systemübernahme aus dem Tarifergebnis 2025.
- 1. März 2027 (Zukunft): weitere Steigerung um +2,0 %.** Zweiter Schritt der Übernahme des vereinbarten Tarifergebnisses 2025.
- 1. Januar 2028 (Zukunft): zusätzliche Steigerung um +1,0 %.** Dritter und letzter Schritt der vereinbarten Tarifübernahme 2025.

Der Bremer Weg zeigt im direkten Vergleich zum TV-L-Tarifvertrag einige landesspezifische Besonderheiten durch vorgezogene Erhöhungen, die man bei der Gesamtbewertung berücksichtigen muss:



- **Oktober 2023:** Bereits hier hat das Land Bremen die Bezüge im Vorgriff um +1,85 % angehoben, während der Tarifvertrag (TV-L) für diesen Zeitraum eigentlich eine Nullrunde vorsah.
- **Im Jahr 2024:** Durch dieses Vorziehen betrug die kumulierte Anpassung in Bremen (zusammen mit der 2023er-Erhöhung) insgesamt +5,65 %. Zusätzlich griff hier die Erhöhung der Grundgehälter um +200 Euro.
- **Februar 2025:** Das reguläre Tarifplus des TV-L (+5,5 %, mindestens 140 €, +200 €) wurde durch die beschriebenen Bremer Vorab-Anpassungen rechnerisch bereits überschritten.

### Achtung bei Sonderregelungen und Einschränkungen

Der Teufel steckt wie so oft im Detail – und hier müssen wir genau hinschauen. Zwei Regelungen verlangen unsere besondere Aufmerksamkeit und kritische Begleitung:

- **Kinderbezogener Familienzuschlag (2024):** Die für aktive Berechtigte bereits erfolgte Sonderzahlung von jeweils 625 Euro für das erste und zweite Kind wird mit den neuen Ansprüchen verrechnet. Hier erfolgt also eine direkte Gegenrechnung, die den Nachzahlungsbetrag schmälert.
- **Schichtzulagen (Nullrunde bei härtestem Dienst):** Die im TV-L vorgesehene und dringend notwendige Erhöhung der Schicht- und Wechselschichtzulagen zum 1. Juli 2026 soll vom Land Bremen nach dem Willen des Senats nicht übernommen werden.

### Unsere gewerkschaftliche Bewertung: Licht und Schatten unter der Lupe

Das Gesamtpaket reißt mit einem Volumen von gut 170 Millionen Euro ein erhebliches Loch in den Bremer Haushalt. Unter der Prämisse, dass ein verfassungsgemäßer Familienergänzungszuschlag rechtskonform ist, dürfte die Besoldung und Versorgung für die Vergangenheit den verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen genügen. Für die Zukunft lässt sich dies erst abschließend beurteilen, wenn zusätzliche Daten (z. B. die tatsächliche Entwicklung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge) vorliegen.

- **GUT:** Erfreulich ist, dass der Senat endlich seine verfassungsrechtliche Pflicht anerkennt und gesetzlich nachbessert. Die vollständige Übernahme der Tarifergebnisse bis zum Jahr 2028 steht fest im Plan.
- **SCHLECHT:** Das Paket bedeutet eine harte Geduldsprobe für unsere Kolleginnen und Kollegen. Die finale Auszahlung verzögert sich durch das langwierige Gesetzgebungsverfahren bis mindestens November 2026.
- **INAKZEPTABEL:** Bei den Schicht- und Wechselschichtzulagen schaut der Senat bewusst weg. Ausgerechnet bei den Kolleginnen und Kollegen zu sparen, die im Schichtdienst rund um die Uhr auf der Straße die härteste Arbeit leisten, ist ein völlig falsches und respektloses Signal!

### Wie geht es weiter? Der offizielle Zeitplan

Der Entwurf durchläuft derzeit die finale Regierunginterne Abstimmung im Senat. Für

die Senatssitzung am 4. August plant der Finanzsenator, den fertigen Entwurf formal zu beschließen und das offizielle Gesetzgebungsverfahren in der Bremischen Bürgerschaft einzuleiten.

Um die Wartezeit für die Beschäftigten zumindest etwas zu verkürzen, soll die geplante Besoldung vor dem endgültigen Gesetzesabschluss vorab ausgezahlt werden. Dies wird nach aktuellem Stand jedoch frühestens mit den Novemberbezügen 2026 der Fall sein.

### Für uns steht fest, dass wir hier am Ball bleiben müssen

„Dass wir die Anpassungen erst frühestens mit den Novemberbezügen im Portemonnaie spüren sollen, verlangt den Kolleginnen und Kollegen wieder einmal viel Geduld ab. Wir erkennen den guten Willen des Finanzsenators an, die 170 Millionen Euro in die Hand zu nehmen. Wir werden das Gesetzgebungsverfahren aber ganz genau begleiten. Eine verfassungskonforme Besoldung und Versorgung zeigen sich erst in der Realität – und da schauen wir dem Senat ganz genau auf die Finger!“

### Wichtiger Hinweis für unsere Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

Die gesetzlichen Erhöhungen gelten im gleichen Maße und unter den identischen Bedingungen auch für den Versorgungsbereich. Die Prozentsätze werden hierbei wie gesetzlich vorgeschrieben mit dem individuellen Ruhegehaltssatz multipliziert, sodass eine systemgerechte und analoge Anpassung der Versorgungsbezüge gewährleistet ist.

**Heinfried Keithahn**

**DP – Deutsche Polizei**  
Bremen

**Geschäftsstelle**  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon (0421) 949585-0  
Telefax (0421) 949585-9  
www.gdp.de/bremen, bremen@gdp.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Rüdiger Kloß (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78,  
28195 Bremen



# Sparen auf unserem Rücken: 41-Stunden-Woche ist ein Frontalangriff auf den öffentlichen Dienst

Die Entscheidung ist gefallen – und sie hat es in sich: Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft haben mehrheitlich die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte auf 41 Stunden zum 1. Juli 2026 beschlossen. Für uns als Gewerkschaft der Polizei ist klar: Das ist kein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, sondern ein massiver Angriff auf die Arbeitsbedingungen, die Gesundheit und die Wertschätzung unserer Kolleginnen und Kollegen.



Was hier politisch beschlossen wurde, bedeutet in der Praxis nichts anderes als verordnete Mehrarbeit ohne Bezahlung. Während wir tagtäglich dafür sorgen, dass Sicherheit gewährleistet bleibt, Einsatzlagen bewältigt werden und der Staat handlungsfähig ist, wird genau diese Leistung mit zusätzlicher Belastung „belohnt“. Das sorgt für Frust, Unverständnis – und wachsenden Unmut.

## Verdeckte Lohnkürzung mit Ansage

Die Fakten sind eindeutig: Eine zusätzliche Arbeitsstunde pro Woche ohne Lohnausgleich entspricht einer realen Kürzung des Stundenlohns um rund 2,5 Prozent. Auf die gesamte Lebensarbeitszeit gerechnet leisten Beamtinnen und Beamte damit mehr als ein Jahr unbezahlte Mehrarbeit.

In Zeiten, in denen vielerorts über Entlastung, moderne Arbeitszeitmodelle und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert wird, geht Bremen bewusst den entgegengesetzten Weg. Das ist ein fatales Signal – insbesondere im Wettbewerb um dringend benötigte Fachkräfte.

## Schicht- und Wechselschichtdienst sind ausgenommen

Für den Polizeibereich zeigt sich einmal mehr, wie weit politische Entscheidungen von der Realität des Dienstes entfernt sind. Zwar gilt gemäß beschlossenen Änderungsantrag der Regierungskoalition, dass Beamtinnen und Beamte im Schicht- und Wechselschichtdienst von der Arbeitszeiterhöhung ausgenommen sind – in der Praxis greift diese Regelung jedoch zu kurz.

Die meisten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten haben bereits Schichtdienst geleistet. Und auch wer aktuell grundsätzlich im Tagesdienst eingesetzt ist, wird bei besonderen Einsatzlagen jederzeit wieder in den Schichtdienst eingebunden. Großlagen, Demonstrationen oder Hochrisikospiele sind keine Ausnahme, sondern Teil unseres Alltags.

Hinzu kommt: Regelmäßig werden kurzfristig Sonderkommissionen eingerichtet, die zusätzliche Kräfte binden und die Belastung weiter erhöhen. Planbarkeit? Fehl-anzeige. Entlastung? Nicht in Sicht.

## Familienpolitik an der Realität vorbei

Auch die geplanten Ausnahmen für Eltern überzeugen nicht. Die Kopplung an den Bezug von Kindergeld ignoriert die Lebensrealität vieler Familien. Häufig ist es nicht die Person, die den Großteil der Erziehungsarbeit übernimmt, die formal das Kindergeld erhält.

Die Konsequenz: Wer sich tatsächlich um die Kinder kümmert, kann dennoch in die 41-Stunden-Regelung fallen. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch familienpolitisch schlicht verfehlt.

## Attraktivität des Berufs in Gefahr

Schon heute kämpfen wir mit Personalmangel, steigender Arbeitsbelastung und wachsenden



Anforderungen. Anstatt hier gegenzusteuern, verschärft die Politik die Situation weiter.

Mehr Arbeit bei gleichem Lohn bedeutet weniger Attraktivität – sowohl für Nachwuchskräfte als auch für erfahrene Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern Wertschätzung statt unbezahlter Mehrarbeit!

### Breiter Protest und intensive politische Gespräche

Die GdP hat sich von Beginn an mit Nachdruck gegen die geplante Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit eingesetzt. Neben zahlreichen Gesprächen auf politischer Ebene haben wir ein umfassendes Positionspa-

pier erarbeitet und dieses allen Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft zugeleitet. Darüber hinaus haben wir mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition eine GdP-Podiumsdiskussion durchgeführt, über die wir bereits in der Ausgabe 10/2025 der Deutschen Polizei berichtet haben.

Gemeinsam mit dem DGB und den Mitgliedsgewerkschaften haben wir zudem mit einer Kundgebung und einer Menschenkette vor der Bremischen Bürgerschaft ein deutliches Zeichen gegen die geplante Arbeitszeiterhöhung gesetzt. Trotz dieses breiten gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Widerstands wurde die unentgeltliche Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit politisch weiterverfolgt. Am 22. April 2026 wurde der Gesetz-

### Die GdP-Mitglieder auf der Tribüne des Plenarsaals



entwurf schließlich mehrheitlich von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen. Bereits vor Beginn der Sitzung haben wir mit einer Abordnung von GdP-Mitgliedern unser Positionspapier persönlich an die angetroffenen Abgeordneten übergeben und nochmals eindringlich auf die negativen Folgen dieser Entscheidung hingewiesen.

Auch wenn die parlamentarische Entscheidung nun getroffen wurde, ist die Auseinandersetzung für uns nicht beendet. Wir werden den weiteren Verlauf sehr genau begleiten und uns weiterhin mit Nachdruck für die Interessen unserer Mitglieder einsetzen. Unsere Forderung bleibt unverändert: Der Senat muss die 41-Stunden-Woche umgehend zurücknehmen. **Nils Winter**

## Fachgruppe Wasserschutz- und Verkehrspolizei tagte in Tossens

Vom 27. bis 29. April trafen sich Mitglieder der Fachgruppe Wasserschutz- und Verkehrspolizei der GdP Bremen zu einem Fachseminar in Tossens. Unter der Leitung von Torben Sommer standen aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Wasserschutz- und Verkehrspolizei sowie gewerkschaftspolitische Themen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Bereits zum Auftakt des Seminars konnten die Fachgruppe hochrangige Gäste begrüßen. Andrea Wittrock, Leiterin der Direktion Einsatz der Polizei Bremen, stellte sich den Fragen der Teilnehmer:innen und berichtete über aktuelle Entwicklungen innerhalb der Polizei Bremen. Ein Schwerpunkt ihres Vortrags lag auf den Auswirkungen der reformierten Führungskräftequalifikation auf die Organisation und die zukünftige Personalentwicklung. Darüber hinaus erläuterte Frau Wittrock die angestrebte Verwendung der Finanzhilfen aus dem Länder- und Kommunal-Infrastruk-



V. l.: Torben Sommer, Gerrit Becker, Andrea Wittrock und Sven Stüwe

turförderungsgesetz (LuKIFG) in den Fachbereichen Wasserschutz- und Verkehrspolizei. Das Seminar nutzte die Gelegenheit zu einem offenen und konstruktiven Austausch über die zukünftige Ausrichtung beider Bereiche.

Ebenfalls zu Gast war Sven Stüwe aus der Abteilungsleitung der Wasserschutzpolizei. Er berichtete über aktuelle Entwicklungen innerhalb der Wasserschutzpolizei und stellte die Planungen zur schrittweisen Erneuerung des Bootsparks vor. Dabei wurden die zukünftigen Anforderungen an moderne Einsatzboote, technische Ausstattungsmerkmale sowie die langfristige Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Wasserschutzpolizei erörtert. Die Fachgruppe begrüßte die vorgestellten Vorhaben bzgl. der benötigten Ersatzbeschaffungen für die dienstalten Einsatzboote der Wasserschutzpolizei.

Durch die Fachgruppe wurde der dringende Bedarf an einer Folgeregelung für die Aufgabenwahrnehmung der Polizei Bremen auf der Außenweser deutlich kommuniziert. Ein Kooperationsvertrag mit der Wasserschutzpolizei Niedersachsen stellte bislang sicher, dass die Polizei Bremen im Bereich

Fotos: GdP Bremen



Gewerkschaftlich arbeiten die Fachbereiche Wasserschutz- und Verkehrspolizei seit vielen Jahren im engen Schulterschluss.

der Ansteuerung Bremerhavens präsent ist. Dieser Vertrag wurde seitens Niedersachsens gekündigt. Hier gilt es, bis zum Jahresende eine Sicherheitslücke zu schließen.

Als zukunftsweisend wird der Plan zum Aufbau eines Hafensicherheitszentrums am Standort Bremerhaven bewertet. Die Planungen hierfür sind bereits angelaufen. Ob dieses ressortübergreifende Vorhaben Umsetzung erfährt, ist derzeit noch unklar. Die Entscheidungen hierfür müssen zeitnah im politischen Raum getroffen werden. Mit Gerrit Becker, Leiter der Verkehrspolizei, konnte die Fachgruppe zudem einen weiteren wichtigen Gesprächspartner begrüßen. In seinem Vortrag ging er auf aktuelle verkehrspolizeiliche Themen und Entwicklungen bei der Verkehrsüberwachung ein. Einen besonderen Schwerpunkt legte er auf die derzeit angespannte Personalsituation im Verkehrskommissariat. Die daraus resultierenden Herausforderungen für die tägliche Aufgabenerfüllung sowie mögliche Lö-

sungsansätze wurden offen diskutiert. Der direkte Dialog zwischen Führungskräften und Beschäftigten wurde von den Teilnehmern als besonders wertvoll angesehen.

An den weiteren Seminartagen beschäftigten sich die Teilnehmer intensiv mit fachlichen Fragestellungen aus ihren jeweiligen Aufgabenbereichen. Neben aktuellen rechtlichen Entwicklungen wurden Erfahrungen aus den unterschiedlichen Dienststellen ausgetauscht und gemeinsame Positionen zu zukünftigen Herausforderungen erarbeitet. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Stärkung der Zusammenarbeit von Wasserschutz- und Verkehrspolizei im Rahmen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Am letzten Seminartag konnte die Fachgruppe den kürzlich wiedergewählten Landesvorsitzenden der GdP Bremen, Nils Winter, begrüßen. Er berichtete ausführlich über die Inhalte und Ergebnisse des Landesdelegiertentages sowie über aktuelle



Bereits seit 50 Jahren im Dienst: Polizeiboot „Bremen 6“. Endlich ist Ersatz in Aussicht.

Entwicklungen der Gewerkschaftsarbeit in Bremen und auf Bundesebene. In seinem Vortrag stellte er die gewerkschaftspolitischen Schwerpunkte der kommenden Jahre vor und ging auf aktuelle Herausforderungen für die Beschäftigten der Polizei ein.

Das Seminar hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig der direkte Austausch zwischen Beschäftigten, Führungskräften und Gewerkschaftsvertretern ist. Die gewonnenen Erkenntnisse und Diskussionsergebnisse werden die weitere Arbeit der Fachgruppe nachhaltig prägen.

Die Fachgruppe Wasserschutz- und Verkehrspolizei bedankt sich bei allen Gästen für die Teilnahme und bei allen Mitwirkenden für den engagierten Einsatz. Die in Tossens gewonnenen Impulse werden in die weitere gewerkschaftliche und fachliche Arbeit einfließen und dazu beitragen, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen auch künftig wirkungsvoll zu vertreten.

**Torben Sommer**

## Die Fachgruppe Verwaltungspolizei im Austausch mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion zur Digitalisierung

Ende April trafen sich Denis Geger und Milko Neumann aus dem Vorstand der Fachgruppe Verwaltungspolizei mit Simon Zeimke und Marco Lübke von der CDU-Bürgerschaftsfraktion, um sich über den Stand und die Herausforderungen der Verwaltungsdigitalisierung auszutauschen.

Nachdem die Fachgruppe bereits Ende Januar auf Missstände im Migrationsamt aufmerksam gemacht hatte, gewinnt das Thema Digitalisierung zunehmend an Bedeutung. Im Gespräch wurde jedoch schnell deutlich, dass Bremen weiterhin erheblichen Nachholbedarf hat. Um die bre-

mische Verwaltung zukunftsfähig aufzustellen, braucht es mehr Tempo sowie gezielte Investitionen in moderne und leistungsfähige IT-Strukturen. Nur so können Arbeitsabläufe effizienter gestaltet und die Beschäftigten nachhaltig entlastet werden.

**Euer Fachgruppenvorstand**



V. l.: Marco Lübke, Denis Geger, Milko Neumann und Simon Zeimke

Fotos: GdP Bremen



Foto: GdP Bremen

Mitglieder der FG Verwaltungspolizei auf dem LDT 2026

## Fachgruppe Verwaltungspolizei setzt wichtige Impulse beim Landesdelegiertentag 2026

Die Fachgruppe Verwaltungspolizei hat beim Landesdelegiertentag mit insgesamt neun Anträgen deutliche inhaltliche Akzente gesetzt und ihre Themen klar positioniert. Sämtliche Vorlagen stießen auf breite Zustimmung und unterstreichen die fachliche Relevanz der eingebrachten Anliegen.

Besonders intensiv diskutiert wurde ein Antrag zur Änderung des Bundesmeldegesetzes. Ziel ist es, die einfache Melderegisterauskunft so anzupassen, dass persönliche Daten von Kolleginnen und Kollegen künftig besser geschützt werden. Hintergrund ist die zunehmende Sensibilität im Umgang mit personenbezogenen Daten sowie der notwendige Schutz vor missbräuchlichen Abfragen.

Nach einem entsprechenden Änderungsantrag wurde das Vorhaben beschlossen und soll nun auf Bundesebene weiterverfolgt werden. Auch in den Bereichen Zulagen und Bekleidungs-geld konnten wichtige Weichenstellungen für die Zukunft erreicht werden. Hier setzt sich die Fachgruppe weiterhin für praxistaugliche und faire Lösungen im Sinne der Beschäftigten ein.

Ein weiteres positives Signal für die kontinuierliche Arbeit der Fachgruppe: Der Fachgruppenvorsitzende Denis Geger wurde erneut in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Dies unterstreicht das Vertrauen in seine Arbeit und sichert zugleich die starke Vertretung der Verwaltungspolizei auf Landesebene.

**Eure Fachgruppe Verwaltungspolizei**

## GdP-Frauengruppenseminar in Tossens: Austausch, Information und Teamgeist

Vom 11. bis 13. Mai 2026 trafen sich die Teilnehmerinnen des Frauengruppenseminars der GdP in Tossens zu einem abwechslungsreichen und informativen Programm. Neben aktuellen gewerkschaftlichen und rechtlichen Themen standen vor allem der persönliche Austausch sowie die Stärkung des Teamgeistes im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Zum Auftakt des Seminars begrüßte die Frauengruppe den Landesvorsitzenden der GdP Bremen, Nils Winter.

In seinem Vortrag informierte er über aktuelle Entwicklungen innerhalb der GdP sowie über gewerkschaftspolitische Themen und stand uns für Fragen und Diskussionen zur Verfügung.

Ebenfalls am Montag durften wir auch die Gewerkschaftssekretärin der GdP Bremen, Dr. Claudia Albrecht-Sautter, begrüßen. Sie referierte zu aktuellen rechtlichen Fragestellungen und gab praxisnahe Einblicke in verschiedene Themenbereiche, die auf großes Interesse bei den Teilnehmerinnen stießen.

Am Dienstagvormittag war die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Esther Wilken zu Gast. Im gemeinsamen Austausch wurden aktuelle Herausforderungen sowie Perspektiven der Gleichstel-

lungsarbeit innerhalb der Polizei thematisiert.

Für einen Ausgleich zum Seminarprogramm sorgte am Dienstagnachmittag eine gemeinsame Teamveranstaltung beim traditionellen Boßeln. Bei guter Stimmung und norddeutscher Atmosphäre standen Bewegung, gemeinsames Erleben und der kollegiale Zusammenhalt im Vordergrund.

Foto: Nils Winter



Die Seminarteilnehmerinnen mit Nils Winter

Das Frauengruppenseminar in Tossens bot den Teilnehmerinnen erneut eine gelungene Mischung aus fachlichem Input, gewerkschaftlichem Austausch und gemeinschaftlichen Aktivitäten.

**Sarah Keetmann**



## Redaktionsschluss

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe 2026, Landesjournal Bremen, ist der 6. Juli 2026.

Artikel bitte mailen an: [ruedigerkloss.dpo1@gmail.com](mailto:ruedigerkloss.dpo1@gmail.com)



# Bei uns bist du nicht allein!

Wo immer wir uns treffen, ist was los. Denn bei uns bekommst du Infos, die dir sonst keiner gibt. Nach der Ruhestandsversetzung hat unser bisheriger Dienstherr kein Interesse mehr daran. Es ist doch schön, wenn man nicht völlig abgeschnitten ist, sich in einem netten Kreis über relevante Dinge austauschen kann und immer gut informiert ist.

Wir bieten dafür eine Plattform bei unseren regelmäßigen Treffen, bei diversen Seminaren, im Austausch über Newsletter (Mail-Verteiler, WhatsApp-Gruppen) sowie Begegnungen der unterschiedlichsten Art. Ganz aktuell haben Teilnehmer aus der Fachgruppe eine schöne Zeit an der Nordseeküste verlebt.



Aufmerksame Zuhörer

Im Rahmen unseres Seminars in Tossens haben wir uns auch darüber ausgetauscht, ob wir unsere Aktivitäten noch ausbauen können und ob der aktuelle Stand interessant genug ist. Ein Stück weit war es eine Fortsetzung der Diskussion vom März mit einem anderen Kreis. Sicherlich waren die Ergebnisse nicht grundlegend anders. Für die Verantwortlichen der Fachgruppe bringt es aber dennoch immer neue Erkenntnisse.

Zu den regelmäßigen Treffen in Bremen und Bremerhaven werden auch von Zeit zu Zeit politische Vertreter eingeladen. Zuletzt waren die Fraktionsvorsitzenden bei uns. Darüber wurde auch in der Deutschen Polizei berichtet. Ein Gespräch mit der Frak-

tionsvorsitzenden der CDU steht noch aus. Mit Frau Winter trafen wir uns am 13. Mai 2026 in der Brem. Bürgerschaft.

Auch gegenüber der derzeitigen Opposition werden wir deutlich machen, wie es bei uns ankommt, wenn Zusagen, die im Koalitionsvertrag fest verankert sind, nicht eingehalten werden.

Wir freuen uns darüber, dass der Landesvorsitzende zu uns nach Tossens gekommen ist, um auch uns über die aktuellen Geschehnisse auf dem Laufenden zu halten. Insgesamt zog er eine

positive Bilanz über den kürzlich abgehaltenen Landesdelegiertentag.

Im weiteren Seminarverlauf haben wir uns darüber ausgetauscht, ob es noch weitere Angebote geben sollte und welche Formate infrage kommen könnten. Macht es Sinn, gegebenenfalls die Örtlichkeiten für unsere Treffen zu wechseln? In Gruppenarbeit wurde diese Möglichkeit aus unterschiedlichen Blickwinkeln geprüft.

Vieles können wir gestalten und beeinflussen, bei dem Wetter müssen wir passen und voll auf andere setzen. Im Mai 2026 passte aber auch dieser Teil der Veranstaltung außerordentlich gut. **Harry Kuck**



Fotos: GUP Bremen



Die Seminarteilnehmer:innen der Fachgruppe Senioren

# GOP

## Sonderticket für nur 35 Euro!

Sichern Sie sich bis zu vier Tickets zum exklusiven Vorteilspreis und sparen Sie bis zu 24 Euro pro Ticket für die Show „impulse“.



# impulse

26. Juni bis  
27. September 2026

## Exklusives GdP-Angebot!

Wählen Sie im Online-Shop auf [variete.de/bremen](http://variete.de/bremen) Ihren Wunschtermin aus und geben Sie im Warenkorb den **Aktionscode „HB-GdP-impulse“** ein oder buchen Sie telefonisch unter (04 21) 89 89 89 89.

Nicht kombinierbar mit anderen GOP Aktionen und Vorteilen. Keine Anrechnung auf bereits gebuchte Tickets.  
Gültig nach Verfügbarkeit. Die Kategorie „Premium Lounge“ ist ausgeschlossen. Aktion gilt für „impulse“ vom 26. Juni bis 27. September 2026.

**GOP.** Varieté-Theater  
Bremen

**variete.de**